

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 02/16 vom 05. Januar 2016

Heike Franzen: Multi ja – professionell nein

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat das heute (05. Januar 2016) von Bildungsministerin Britta Ernst vorgestellte Arbeitspapier zur Inklusion im Hinblick auf die Schulassistenten kritisiert:

„Wenn sechs unterschiedliche Personen verschiedener Träger minutenweise für ein Kind zuständig sind, dann ist das zwar multi, aber ganz sicher nicht professionell. Die Kinder kommen dabei zu kurz. Bildung entsteht – gerade für behinderte Kinder – vor allem durch Bindung. Und diese kann nach den Plänen von Frau Ernst nicht entstehen“, erklärte Franzen in Kiel.

Denn künftig seien für betroffene Grundschulkinder Klassenlehrer, Sonderpädagogen, Schulassistenten, Schulbegleiter, Schulsozialarbeiter und nach langen Wartezeiten Schulpsychologen von bis zu vier unterschiedlichen Trägern Ansprechpartner. Eine klare Aufgabenteilung sei bislang überhaupt nicht erfolgt.

„Da wird mehr Zeit mit Abstimmungen und Koordination verbracht, als für das Kind aufgewendet. Das ist eine reine Verschwendung von Ressourcen“, sagte die CDU-Abgeordnete.

Statt des von der CDU geforderten Ausbaus der Sonderpädagogik setzten SPD, Grüne und SSW weiterhin auf das überholte Konzept der gescheiterten

Ernst-Vorgängerin Professor Wende. Die wesentlichen Herausforderungen der Inklusion könnten auf diesem Wege nicht bewältigt werden.

„Dieses Jahr werden mehr Sonderpädagogen pensioniert, als ausgebildet. Dennoch werden zwei Drittel der Bewerber auf Studienplätze wegen der Begrenzung des Studienganges abgelehnt. Daran wollen SPD, Grüne und SSW auch nichts ändern, sonst hätten sie unserem Antrag auf eine weitere Professorenstelle an der Universität Flensburg zugestimmt“, so Franzen.

Eine weitere große Schwäche des Konzeptes sei die fehlende Bündelung der Ressourcen an den Schulen. Multiprofessionelle Teams setzten feste verantwortliche Ansprechpartner voraus.

„Lübeck zeigt, dass eine solche Bündelung möglich ist. Ich habe keine Verständnis dafür, dass dieses Modell nicht landesweit zum Vorbild wird“, sagte Franzen.